



# Industriepolitische Leitlinien NRW

**Nordrhein-Westfalen zukunftsfest machen**

**Düsseldorf, 5. Dezember 2016**

## Inhaltsverzeichnis

1. Nordrhein-Westfalen – Wir sind Industrie.....	1
2. Den Industriestandort Nordrhein-Westfalen zukunftsfest machen .....	3
3. Nordrhein-Westfalen zum Spitzenstandort der Digitalisierung ausbauen. ....	5
4. Nordrhein-Westfalen als energiewirtschaftliches Kraftzentrum Deutschlands sichern. ....	8
5. Eine leistungsfähige Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen sichern.....	13
6. Innovationen in Nordrhein-Westfalen weiter vorantreiben.....	18
7. Naturwissenschaftliche Bildung in Nordrhein-Westfalen weiter ausbauen.....	20
8. Fachkräfte in Nordrhein-Westfalen gewinnen und qualifizieren. ....	22
9. Mitbestimmung in der Arbeitswelt der Zukunft gestalten.....	25
10. Bürokratieabbau in Nordrhein-Westfalen vorantreiben. ....	26
11. Europäische Industriepolitik für Nordrhein-Westfalen nutzen.....	29
12. Internationalität ist ein Markenzeichen von Nordrhein-Westfalen. ....	30
13. Akzeptanz für Industrie als „Problemlöser“ stärken.....	32
14. Zielvorgaben für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen definieren. ....	34
15. Ausblick: Arbeit an den Industriepolitischen Leitlinien fortsetzen. ....	36

## **1. Nordrhein-Westfalen – Wir sind Industrie.**

### **Von Garrelt Duin**

Moderne Industriepolitik verknüpft Forschung und Entwicklung mit der Produktion zu einer starken Wertschöpfungskette. Sie rückt die Industrie in das ihr gebührende Licht. Denn Antworten für die Zukunft finden wir nur mit ihr.

Wir bringen alte und neue, handfeste und digitale Industrie zueinander, spielen sie nicht gegeneinander aus. Denn wir brauchen beide. Nordrhein-Westfalen hat allen Grund, auch künftig seine Industrie zu hegen und zu pflegen. Denn mehr als die Hälfte aller Arbeitsplätze hängen von ihr ab - im produzierenden Gewerbe und bei Dienstleistern, die für und mit der Industrie arbeiten.

Moderne Industriepolitik fördert Innovationen, sichert so Arbeitsplätze und schützt das Klima. Sie wirbt für Akzeptanz der Industrie und der Infrastruktur und sucht einen partnerschaftlichen Ansatz mit der Bevölkerung. Die Innovationskraft von Wissenschaft und Wirtschaft kontinuierlich zu stärken und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen auszubauen ist für die nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Industrie unverzichtbar. Vor diesem Hintergrund hat das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk eine breite und offene Diskussion über erforderliche Schritte, Maßnahmen und Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Industrie angestoßen. Grundlage bildet ein erster Entwurf der Industriepolitischen Leitlinien, der im Mai 2016 vorgestellt wurde. Danach fanden drei Regionalkonferenzen mit hunderten von Vertretern aus Industrie, Wirtschaft und Gewerkschaften in Köln, Soest und Essen statt. Ergebnisse der Diskussionen flossen in die Industriepolitischen Leitlinien ein, die am 5. Dezember 2016 auf einem Kongress in Düsseldorf vorgestellt und diskutiert werden.

Die Wirklichkeit hat in den letzten Jahren eine neue Seite der Industrie aufgeschlagen: ökonomisch effizient, ökologisch nachhaltig. Dabei geht es auch um die Arbeitswelt von morgen.

Die Industrie schöpft fast ein Viertel unserer Werte. Um Wohlstand und Arbeit zu sichern, führt kein Weg an einer leistungsfähigen Industrie vorbei. Ohne sie braucht auch keiner die vielen branchengebundenen Dienstleistungen. Gleichzeitig braucht eine erfolgreiche Industrie die Wissensgesellschaft. Wir wollen für diesen Weg die kreativen Köpfe in Industrie, Dienstleistungen und Wissenschaft gewinnen – und die Menschen an unserer Seite haben, die täglich mit ihrer Arbeit zu einer starken Wirtschaft beitragen.

Die industrielle Produktion bleibt ein starkes Standbein der deutschen Wirtschaft. Darum werden wir von manchen anderen Ländern beneidet, die einseitig auf Dienstleistungen gesetzt und sogar eine bewusste De-Industrialisierung betrieben haben. Mit fatalen Folgen. Sie schreiben sich eine Re-Industrialisierung auf ihre Fahnen. Auch die EU besinnt sich seit längerem wieder auf die Industrie.

Die Industriepolitischen Leitlinien zeichnen ein modernes Bild. Sie dienen dazu, die ökonomische und ökologische Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft zu erhalten und zu fördern. Mit der Vorstellung endet die Arbeit an den Leitlinien nicht. Sie sind die Grundlage für weitergehende und offene industriepolitische Gespräche - und auch eine Maxime für politisches Handeln.

## **2. Den Industriestandort Nordrhein-Westfalen zukunftsfest machen.**

Die Leistungs- und Innovationsfähigkeit der Industrie ist das Fundament unseres Wohlstands und dient der Bewältigung wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Herausforderungen.

Nordrhein-Westfalen verfügt als einer der wenigen Standorte weltweit noch über eine komplette industrielle Wertschöpfungskette. Kennzeichnend ist dabei der einzigartige Mix von spezialisierten kleinen und mittelständischen Unternehmen bis hin zu großen Mittelständlern und Großunternehmen. Diese Unternehmen vereint ein hoher Internationalisierungsgrad, von den Grundstoffindustrien bis hin zu spezialisierten Zulieferern und großen Systemanbietern auf wachstumsstarken Leitmärkten.

Mit mehr als einer Million Beschäftigten erwirtschaftet das produzierende Gewerbe in Nordrhein-Westfalen mehr als 25 Prozent des nordrhein-westfälischen-Bruttoinlandprodukts. Gleichzeitig setzt eine kraftvolle industrielle Basis auch starke Impulse für einen prosperierenden Dienstleistungssektor. Dies wird bei den wachstumsstarken industrienahen Dienstleistungen in Nordrhein-Westfalen besonders deutlich.

Wir wissen, dass es innerhalb dieser Vielfalt Organisationsformen und Strukturen gibt, die in besonderem Maße nicht nur die Stärken unserer Wirtschaft darstellen, sondern auch gute Voraussetzungen für eine nachhaltige und intelligente Produktionsweise bieten können. Dabei denken wir insbesondere auch an die personen- und familiengebundenen Unternehmen, wie sie im traditionellen Mittelstand anzutreffen sind.

Die Industrie des Landes Nordrhein-Westfalen schafft Werte und wirtschaftliches Wachstum, gibt ökologische, ökonomische und soziale Impulse und treibt Innovationen voran und sichert gute Arbeitsplätze und Wohlstand. Deshalb sind der kontinuierliche Ausbau der Innovationskraft von Wissenschaft und Wirtschaft sowie der Ausbau investitionsfreundlicher Rahmenbedingungen im Land unverzichtbar für

die nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit. Wir wollen eine Willkommenskultur für Investitionen und Innovationen.

Es gilt, die Anstrengungen zur Stärkung des Industriestandortes Nordrhein-Westfalen weiter zu intensivieren. Wir befinden uns stärker denn je in einem intensiven nationalen wie internationalen Wettbewerb. Um im nationalen und internationalen Wettbewerb zu bestehen, brauchen wir eine Industriepolitik, die auf der Grundlage verlässlicher Rahmenbedingungen und Regulierungen Investitionssicherheit gibt.

Mit den industriepolitischen Leitlinien bekennen wir uns ausdrücklich zur Industrie und ihrer Bedeutung für das Land. Die Leitlinien dienen als Grundlage für zukünftiges Handeln.

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in Nordrhein-Westfalen dauerhaft zu sichern, werden wir vor allem in folgenden Zukunftsthemen handeln:

1. Digitalisierung
2. Energie und Rohstoffe
3. Infrastruktur
4. Innovation
5. Bildung
6. Fachkräfte
7. Mitbestimmung
8. Bürokratieabbau
9. Europa
10. Internationalisierung
11. Akzeptanz

### **3. Nordrhein-Westfalen zum Spitzenstandort der Digitalisierung ausbauen.**

Industrie 4.0 ist ein Begriff, der für die interne Weiterentwicklung der Produktions- und Wertschöpfungsketten der realen und der digitalen Welt steht. Er wird ergänzt durch den Begriff „Digitale Wirtschaft“, der für die externe elektronische Wertschöpfung im Rahmen von digitalen Geschäftsmodellen im Internet, Mobilfunk und Interaktivem Fernsehen steht. Der digitale Transformationsprozess ist in beiden Bereichen ein zentraler Treiber unserer Wirtschaft und bietet vielfältige Chancen.

Durch geeignete Plattformen und Foren sind Unternehmen – vor allem kleine und mittelständische Betriebe – über Möglichkeiten, Anforderungen und Herausforderungen der Digitalisierung zu sensibilisieren und zu informieren. Hierfür bedarf es geeigneter Angebote für Management und Interessenvertretungen. Ihnen ist auf breiter Front eine Teilhabe am Know-how zu ermöglichen, um die Chancen und Risiken der Digitalisierung für ihre Wertschöpfungskette aufzuzeigen.

Durch die Verbindung unserer starken industriellen Basis mit den Ideen junger, kreativer Startups der Digitalen Wirtschaft kann eine neue Innovationskraft entstehen – und damit die Chance, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Diese Zusammenarbeit kann für Nordrhein-Westfalen bei einem hohen Stand an IT-Sicherheit zu einem zentralen Wettbewerbsvorteil und damit zu einem „digitalen“ Alleinstellungsmerkmal werden. Nordrhein-Westfalen will Leitanbieter und Leitmarkt für zukunftsfähige und sichere Industrie 4.0-Lösungen sowie innovative Geschäftsmodelle für die Digitale Wirtschaft werden. Dazu brauchen wir weiterentwickelte Technologien, Veränderungen in den Wertschöpfungsketten, neue Geschäftsmodelle - all das gepaart mit Digital-Kompetenz.

#### Wir werden:

- Netzwerke der Digitalen Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen unterstützen,
- uns für weitere Unternehmensgründungen in den Digitalbranchen und für Partnerschaften zwischen Startups, Mittelstand und Industrie einsetzen,

- die technologische Dimension ebenso wie die betriebliche Organisation der Zukunft, bis hin zu völlig neuen Geschäftsmodellen, individualisierter Produktion, Kundeneinbindung und Denken in Produkt-Lebenszyklen, aber auch die Sicherung von Datenaustausch und Dateneigentum aktiv begleiten,
- alle Aktivitäten mit denen des Bundes (Digitale Strategie 2025) noch enger verzahnen und abstimmen; die Antworten auf die Fragen der digitalen Transformation werden wir nur bundesländer- und institutionenübergreifend finden, ihre Herausforderungen nur gemeinsam lösen; dieses umfasst auch die Einbeziehung wichtiger Stakeholder von Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft, Gewerkschaften und Verbänden sowie der breiten und interessierten Öffentlichkeit,
- in der nordrhein-westfälischen Allianz Wirtschaft und Arbeit 4.0 gemeinsam mit Wirtschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft in enger Abstimmung mit dem Bund Strategien für die Digitalisierung der Wirtschaft und die Arbeit der Zukunft stetig fortentwickeln,
- die Kooperation zwischen Hochschulen, Unternehmen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen zum Beispiel im Rahmen von Forschungsverbänden oder der Clusterbildung unter Einbindung vor allem der KMU ausbauen,
- uns für den Innovationstransfer von der Forschung vor allem in Richtung KMU einsetzen; die Digitalisierung muss stärker in konkrete Anwendung und Umsetzung in die Unternehmen vor Ort gebracht werden; außerdem ist flächendeckend eine geeignete Informations-Infrastruktur aufzubauen und dauerhaft vorzuhalten; dazu zählen vor allem Kompetenzzentren Industrie 4.0 sowie Netzwerk- und Clusterarbeit in allen Teilen des Landes; dazu zählt auch der weitere Ausbau digitaler Kompetenzen in Schulen, Hochschulen, Unternehmen und Verwaltung,
- die Entwicklung von neuen Systemen der IT-Sicherheit, insbesondere für KMU vorantreiben, um diesen den Einstieg in digitale Lösungen zu erleichtern,

- Nordrhein-Westfalen als führenden Standort der Entwicklung hoher IT-Sicherheitstechnologien stetig weiter ausbauen,
- den CPS.HUB Nordrhein-Westfalen als die zentrale Innovationsplattform für Forschung und Entwicklung von CPS-Technologien und -Anwendungen in Nordrhein-Westfalen fördern,
- it`s OWL mit Landesmitteln fortführen und als Modell für andere Regionen in Nordrhein-Westfalen entwickeln,
- über eine zentrale digitale Plattform des Landes Transparenz über die Beratungsinfrastruktur, Informationsplattformen, Netzwerke, Demonstratoren, Kompetenzzentren und Förderprogramme vor allem für KMU herstellen.

#### **4. Nordrhein-Westfalen als energiewirtschaftliches Kraftzentrum Deutschlands sichern.**

Eine sichere, bezahlbare und umweltfreundliche Energieversorgung ist und bleibt ein unverzichtbares Fundament moderner Industriepolitik. Die Energiewende ist verlässlich und planbar zu gestalten. Nur so können Vertrauen sowie Planungs- und Investitionssicherheit gewährleistet werden.

Die Marktchancen der Energiewende, mit einer umfassenden und gut aufgestellten industriellen Basis auf allen Wertschöpfungsstufen der Produktentwicklung und einem hervorragenden Forschungsumfeld, bieten Nordrhein-Westfalen beste Entwicklungsmöglichkeiten.

Die Energieversorgung muss sicher, sauber und bezahlbar sein. Aus Sicht des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen ist besonders darauf zu achten, dass dieses Zieldreieck nicht zu Lasten der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrieunternehmen in ein Ungleichgewicht gerät. Die Kosten der Energiewende müssen gerecht verteilt und auch für die energieintensiven Industrien tragbar bleiben. Die Anstrengungen auf Bundesebene für wettbewerbsfähige Energiepreise, beispielsweise beim EEG, werden wir aktiv begleiten und mitgestalten.

Die Vorteile eines breiten Energiemixes einschließlich des einzigen heimischen Energieträgers – der Braunkohle – dürfen nicht aufgegeben werden. Ebenso darf es nicht das Ziel sein, Versorgungssicherheit im Wesentlichen von Importen abhängig zu machen. Zu hohe Kosten oder rückläufige Versorgungssicherheit würden Nordrhein-Westfalen als Energie- und Industriestandort gefährden.

Auch darf die Umstrukturierung unseres Energiesystems nicht zu einer Schwächung der Versorgungsunternehmen und dem Verlust von Arbeitsplätzen führen. Wir werden nur einen Umbau akzeptieren, der ohne Strukturbrüche auskommt.

Fossile Brennstoffe und erneuerbare Energien bilden auf absehbare Zeit weiterhin zwei unverzichtbare Säulen der Energiewende. Kohle- und Gaskraftwerke werden daher auch zukünftig noch eine wichtige Rolle spielen.

Ziel muss es deshalb sein, parallel zum verstärkten Ausbau der Windenergie in Nordrhein-Westfalen die Wirkungsgrade der Kohle- und Gaskraftwerke insbesondere im Teillastbetrieb zu steigern und ihre Flexibilität zu verbessern,

Gleichzeitig sind alternative Rohstoffquellen wie CO<sub>2</sub> aus der Energieerzeugung oder Stahlherstellung sowie biogene Abfallstoffe zu erschließen und auf ihre wirtschaftliche Nutzung zu prüfen. Die Initiative Carbon2Chem, mit wichtigen Partnern aus Nordrhein-Westfalen, zielt gerade auf die stoffliche Nutzung von CO<sub>2</sub> als Rohstoff für die chemische Industrie ab, um neue Rohstoffquellen zu erschließen und die Energiewende zu bewältigen.

Neben den derzeit genutzten Rohstoffen, deren ressourcenschonende Verwendung unter ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten im zentralen Interesse unternehmerischen Handelns sein muss, gewinnen auch Sekundärrohstoffe und Biorohstoffe zunehmend an Bedeutung und bilden damit einen wesentlichen Eckpfeiler auf dem Weg zu einer zirkulären Wirtschaft.

Die Gewinnung und Nutzung von Sekundärrohstoffen in unserer hochindustrialisierten Gesellschaft muss dabei wirtschaftlich tragfähig und ökologisch sinnvoll sein, um sich in einem global orientierten Wirtschaftskreislauf durchsetzen zu können. Neben innovativen Geschäftsmodellen tragen vor allem auch ein sich änderndes Konsumverhalten und eine intensivere Vernetzung innerhalb unseres Wirtschaftssystems dazu bei, wertsteigernde Lösungsansätze für ein vom Ressourceneinsatz entkoppeltes Wirtschaftswachstum zu entwickeln. Bereits erfolgreich in Nordrhein-Westfalen etablierte Geschäftsmodelle sollten deshalb auf ihre Übertragbarkeit auf andere Industriezweige unter ganzheitlichen Aspekten analysiert werden.

Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft bedarf es auch einer sicheren und verlässlichen Versorgung mit vorhandenen natürlichen Rohstoffen auch aus Nordrhein-Westfalen einerseits und Fortentwicklung der Industrie zu einer zirkulären Wirtschaft andererseits. Wir müssen durch das Design unserer Produkte, durch die Auswahl geeigneter Werkstoffe und Geschäftsmodelle auf lange Sicht dazu kommen, dass der Verbrauch von Rohstoffen reduziert wird. Hierbei ist die systematische Gewinnung und Nutzung von Sekundärrohstoffen für unsere hochindustrialisierte Gesellschaft von größter Bedeutung.

Die durch die nordrhein-westfälische Industrie entwickelte Kreislaufwirtschaft ist ein Erfolgsmodell. Ein gutes Beispiel in Nordrhein-Westfalen ist die Aluminiumherstellung, bei der 2014 die Recyclingquoten von Aluminium in dem Bereich des Verkehrs und des Bauwesens bei 95 Prozent und der Verpackungen bei 89 Prozent lagen.

#### Wir werden:

- uns auch zukünftig intensiv für Investitionssicherheit und wettbewerbsfähige Strompreise für die nordrhein-westfälische Industrie und Energiewirtschaft einsetzen; ein zentraler Aspekt wird hierbei der unverzichtbare Bestandsschutz für die Befreiung von der EEG-Umlage für eigenerzeugten Strom in Bestandanlagen sein,
- darauf achten, dass jederzeit sicherer Strom zur Verfügung stehen wird und dafür bestehende fossile Energieerzeugung inkl. der heimischen Braunkohlereserven als Back-up zu volatilen erneuerbaren Energieträgern und als Übergangstechnologie zu nutzen, um die Versorgungssicherheit gewährleisten zu können und uns dafür einsetzen, dass diese Kapazitäten wirtschaftlich betrieben werden können,
- uns für den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien in Nordrhein-Westfalen und für einen passgenauen Umbau unseres Energiesystems einsetzen,

- Überlegungen unterstützen, die unmittelbaren Belastungen durch die EEG-Umlage durch ein Fonds-Modell zu deckeln und die Kosten für den Ausbau der erneuerbaren Energien insgesamt zeitlich zu strecken und damit auch gerechter zu verteilen,
- den zügigen Aus- und Umbau der Stromnetze aktiv begleiten,
- uns für eine gezielte Weiterentwicklung von Strom-Speichertechnologien als Bestandteil der Flexibilisierungsoptionen einsetzen,
- Möglichkeiten zur Flexibilisierung der industriellen Stromnachfrage unterstützen und damit zur Stabilisierung der Stromnetze beitragen und darauf achten, dass die Forderungen zu Effizienzsteigerungen hierzu nicht in Widerspruch stehen,
- die Synchronisierung zwischen Netzausbau, EE-Ausbau, Laufzeiten von konventionellen Back-Up-Kapazitäten und Entlastungsregelungen für die Industrie in den Vordergrund der weiteren Überlegungen stellen,
- die Digitalisierung der Energieversorgung („Smart Energy“) gemeinsam mit Industrie und Energiewirtschaft systematisch vorantreiben, dabei die Anpassungsmöglichkeiten der Privathaushalte, der Industrie und der Energieversorger in Nordrhein-Westfalen an den Strommarkt der Zukunft durch Flexibilisierungen von Erzeugung und Nachfrage in den Vordergrund stellen und das Recht auf Datensouveränität von Haushalten und Unternehmen berücksichtigen,
- die Erfassung und Nutzung von Potenzialen in der Energieeffizienz durch die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen unterstützen,
- uns neben der Effizienzpolitik und Förderung neuer Technologien der Emissionsvermeidung für einen langfristigen Ausbau vorhandener und auch neuer Ansätze einer zirkulären Wirtschaft einsetzen sowie für eine sichere,

verlässliche und nachhaltige Versorgung von Industrie und Wirtschaft mit primären und sekundären Rohstoffen,

- die Kraft-Wärme-Kopplung nutzen, flexibilisieren und weiter ausbauen. Aufgrund der besonderen Siedlungsstruktur in Nordrhein-Westfalen mit vielen großen Städten und Ballungsgebieten und zugleich umfangreichen Industrieansiedlungen besteht besonders in Nordrhein-Westfalen ein großes Potenzial, das angestrebte Ziel von 25 Prozent der Stromproduktion mit KWK-Anlagen im Jahr 2020 zu erreichen; zudem wird mit einem zügigen KWK-Ausbau die dringend notwendige Sektorkopplung unterstützt und ein zusätzlicher Klimabeitrag für eine weitere Reduzierung der CO<sub>2</sub> Emissionen realisiert,
- uns dafür einsetzen, dass der EU-Emissionsrechtehandel die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrieunternehmen in Nordrhein-Westfalen nicht unverhältnismäßig belastet und der Emissionshandel auf europäischer Ebene als das zentrale Instrument zum Klimaschutz nicht durch nationale bzw. kleinteilige Maßnahmen entwertet oder verschärft wird, ohne dass dem Klimaschutz dadurch geholfen ist,
- sicherstellen, dass alle Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende so ausgestaltet werden, dass der bisherige Anstieg der Kosten für die Endverbraucher – private Haushalte und Wirtschaft – gestoppt, wenn möglich gesenkt wird,
- die Industrie in ihrem Bemühen unterstützen, durch verstärkte Forschungsanstrengungen die Dynamik der Werkstoffentwicklung weiter voranzutreiben; Erneuerbare-Energie-Anlagen, Speicher- und Umwelttechnologien eröffnen neue Marktfelder und weitere Innovationen; die Herstellung von Windkraftanlagen, zum Beispiel, entwickeln sich dabei zu einem wichtigen Absatzmarkt.

## **5. Eine leistungsfähige Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen sichern.**

Der Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen ist auf eine dauerhaft leistungsfähige und zuverlässige Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur angewiesen.

Angesichts der jahrzehntelangen Investitionszurückhaltung kommen dem Erhalt und dem bedarfsgerechten Ausbau der Verkehrsnetze heute höchste Priorität zu.

Wir setzen uns daher für eine entschlossene Infrastruktur-Offensive ein, um Straßen-, Schienen- und Wasserwege so auszubauen, dass sie den zunehmenden Güter- und Personenverkehr aufnehmen können. Teil dieser Offensive ist das im Herbst 2016 gegründete nordrhein-westfälische Bündnis für Infrastruktur.

Die größte Menge an gewerblichen Gütern wird auch in absehbarer Zukunft auf der Straße, insbesondere auf den Autobahnen, transportiert werden. Für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen ist die Modernisierung und Optimierung des Autobahnnetzes daher von größter Bedeutung. Der Bundesverkehrswegeplan 2030 bietet dafür die besten Voraussetzungen. Rund 40% aller Sofortmaßnahmen zur Staubeseitigung erfolgen in Nordrhein-Westfalen.

Entgegen der politischen Absicht wurden in der Vergangenheit kaum Gütertransporte auf die Schiene verlagert. Für eine Trendumkehr muss der Schienentransport den Just-in-time-Anforderungen der Logistikkunden besser gerecht werden. Dazu werden die bevorstehenden Infrastrukturmaßnahmen im nordrhein-westfälischen Schienennetz einen wesentlichen Beitrag leisten: Die Auflösung von Engpässen, die Trennung von Personen- und Güterverkehr auf der zentralen Nord-Süd-Achse, die Verbesserung der Hinterlandanbindung an die ZARA- und die norddeutschen Häfen, die Ertüchtigung zusätzlicher Strecken für den Containerverkehr.

Der Rhein und das eng geknüpfte westdeutsche Kanalnetz bieten der industriellen Produktion in Nordrhein-Westfalen logistische Möglichkeiten, die in Deutschland einmalig sind. Die künftige Leistungsfähigkeit der Binnenschifffahrt hängt wesentlich davon ab, die Wasserstraßeninfrastruktur landesweit für den mehrlagigen

Containerverkehr auszubauen. Rund die Hälfte des gesamten Güterumschlags der Binnenschifffahrt in Deutschland erfolgt über Häfen in Nordrhein-Westfalen. Viele von ihnen stellen sich als multimodale Logistikdienstleister auf und bieten attraktive Transportlösungen für die industrielle Produktion. Für die künftige Entwicklung der Häfen müssen Erweiterungsflächen gesichert werden.

Über die Flughäfen im Land bestehen direkte Flugverbindungen zu über 400 Zielen weltweit. Zwei internationale Flughäfen in Düsseldorf und Köln verbinden Nordrhein-Westfalen mit allen Teilen der Welt und mit allen wichtigen Regionen innerhalb Deutschlands. Mit 22,5 Millionen Passagieren pro Jahr ist der Flughafen Düsseldorf der drittgrößte Airport Deutschlands und der wichtigste internationale Airport des Landes. Der Flughafen Köln-Bonn ist mit 758.000 Tonnen Luftfracht das drittgrößte deutsche Luftfrachtzentrum. Münster, Dortmund, Paderborn/Lippstadt und Weeze am Niederrhein bilden als weitere Flughäfen das Rückgrat der bewährten dezentralen Flughafeninfrastruktur Nordrhein-Westfalens.

Angesichts des digitalen Wandels ist eine leistungsfähige und flächendeckende Breitbandinfrastruktur Voraussetzung und wichtiger Standortfaktor für Unternehmen. Der Auf- und Ausbau einer hochbitratigen und zukunftsfesten Netzinfrastruktur in allen Regionen des Landes ist zwingend. Gewerbeflächen sind für die Industrie im Standortwettbewerb von großer Bedeutung. Eine mobile Hochleistungsinfrastruktur ist für den Erfolg von Industrie 4.0 unabdingbar. Die nächste Generation des Mobilfunks (5G) muss deshalb schnellstmöglich ausgerollt werden.

Für einen attraktiven Investitionsstandort Nordrhein-Westfalen werden Gewerbe- und Industrieflächen zu sichern und bedarfsgerecht auszuweisen sein.

Wir werden:

- den europäischen Wirtschafts- und Logistikstandort Nordrhein-Westfalens beständig weiterentwickeln, sein Profil schärfen und unseren Unternehmen damit gute Voraussetzungen für den harten internationalen Konkurrenzkampf bieten,

- die Verkehrsinfrastruktur für alle Verkehrsträger erhalten, modernisieren und bedarfsgerecht ausbauen,
- auf eine verstärkte intermodale Verknüpfung der Verkehrsträger setzen, um die bestehende Infrastruktur optimal nutzen zu können,
- darauf hinwirken, dass die Anbindung unserer exportorientierten Industrie an die Seehäfen (ZARA, deutsche Häfen) stetig verbessert wird,
- die Entwicklung des Duisburgers Hafen zum führenden Transport-Hub für China-Verkehr in Europa unterstützen (Initiative „Neue Seidenstraße“),
- die Finanzierungszusagen für den Ausbau der Schieneninfrastruktur – beispielsweise für den Rhein-Ruhr-Express, die Betuwe-Linie, den Knoten Köln, die Sieg- und die Ruhr-Sieg-Strecke – schnellstmöglich in die konkrete Umsetzung bringen,
- weiter für einen bedarfsgerechten Ausbau der Güterverkehrsstrecke Münster-Lünen und des „Eisernen Rhein“ eintreten,
- verlässliche Rahmenbedingungen für den Luftverkehr erhalten; dazu zählt die Erteilung langfristiger Betriebsgenehmigungen, bedarfsgerechte und wettbewerbsfähige Betriebszeiten für die Luftfracht inklusive zuverlässiger Garantien für wirtschaftlich notwendige Nachtflüge für die Flughäfen Köln/Bonn und Münster,
- den Bestandsschutz bestehender Pipelines und Pipelinebündel sichern und Trassen zum weiteren erforderlichen Ausbau der Pipeline-Infrastruktur reservieren,
- die notwendigen Planungen in den Verfahren so weit wie möglich beschleunigen und in der Umsetzung entschlossen angehen,
- das vom Bundesverkehrsministerium eingesetzte „Innovationsforum Planungsbeschleunigung“ intensiv begleiten und uns für die rasche Umsetzung der Vorschläge zur Vereinfachung des Planungs- und

Genehmigungsrechts - insbesondere bei Sanierungen und Ersatzneubauten - einsetzen,

- die Finanzierung in den drei Säulen Steuerfinanzierung, Nutzungsabgaben (verkehrsträgerspezifische Verwendung) und Zweckbindung (bereitgestellte Mittel dürfen nicht umgewidmet werden) organisieren,
- die Nutzung privaten Kapitals im Rahmen öffentlich-privater Partnerschaften ebenso vorurteilsfrei prüfen wie die Stärkung öffentlicher investiver Handlungsspielräume,
- die Förderpolitik für den weiteren Netzausbau auf einen nachhaltigen und wettbewerbsoffenen Aufbau gigabitfähiger Infrastrukturen ausrichten durch Fokussierung auf Gigabit-Infrastrukturen (FTTH/B, hybride Glasfaser-Koax-Netze und 5G, gezielte Förderung der Anbindung von Mobilfunkmasten mit Glasfaser (5G-Vorbereitung), durch gezielte Förderung der Erschließung von Gewerbegebieten mit Glasfaseranbindungen, durch die stärkere Förderung der Verlegung von passiver Infrastruktur und durch die Integration dieser Elemente in gemeindeübergreifende Betreibermodelle,
- unsere Strategie zur flächendeckenden Glasfaser-Versorgung konsequent umsetzen; beim Ausbau der Telekommunikationsinfrastruktur verfolgt das Land Nordrhein-Westfalen dabei eine zweistufige Strategie: Im ersten Schritt erfolgt eine flächendeckende Versorgung der Haushalte bis Ende 2018 mit 50 Mbit/s., wobei die Schwerpunkte auf der Schließung von Versorgungslücken im ländlichen Raum unter Berücksichtigung der Schulen und auf der glasfaserbasierten Versorgung aller Gewerbegebiete in Nordrhein-Westfalen liegt, im zweiten Schritt setzt die Landesregierung darauf, eine flächendeckende Versorgung mit Glasfasertechnologie bis zum Jahr 2026 sicherzustellen.
- zielgerichtet die ausgewiesenen LEP-Flächen, ehemaligen Bergbauflächen und Industriebrachen entwickeln und vermarkten,

- unser Bündnis für Infrastruktur stetig weiter ausbauen und breit aufstellen mit dem Ziel, unsere Infrastruktur zu erhalten und auszubauen, Großprojekte im Zeit- und Kostenrahmen zu erledigen und darüber eine breite gesellschaftliche Verständigung zu schaffen.
- gemeinsam mit dem Bund den eingeschlagenen Weg zur Ausweitung und Verstärkung der finanziellen und personellen Kapazitäten für den Erhalt und den bedarfsgerechten Ausbau der Verkehrsnetze fortführen, weil Planung und Bau von Infrastrukturprojekten langfristig zuverlässige Perspektiven brauchen.

## **6. Innovationen in Nordrhein-Westfalen weiter vorantreiben.**

Die Innovationsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Industrie bestimmt in hohem Maße ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit. Digitalisierung, Industrie 4.0, die Energiewende und neue Mobilitätsmodelle sind Treiber der Nachfrage nach innovativen Produkten und Dienstleistungen. Nordrhein-Westfalen muss als Produktions- und Innovationsstandort weiter gestärkt werden. Eine entscheidende Triebfeder für Wachstum und Beschäftigung ist dabei die Innovationsstärke unserer Industrie. Diese werden wir weiter stärken.

Im Rahmen einer zukunftsweisenden Industriepolitik werden wir sektorübergreifend und technologieoffen innovationsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen. Den Unternehmen wollen wir technologieoffene Anreize für Investitionen in Forschung und Entwicklung, Technologien, Produkte, Verfahren und Dienstleistungen bieten. Dazu ist es erforderlich, innerhalb der Branchen und branchenübergreifend die industriellen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten, die Intensivierung des Wissens- und Technologietransfers und die Nutzung von Innovationen auszubauen.

Kooperationen von Wissenschaft und Forschung mit der Wirtschaft und der inter- und transdisziplinäre Austausch kreativer Köpfe setzen Impulse für neue Innovationen. Die Vernetzung der Geschäftsmodelle der klassischen Industrie, des Mittelstandes, der Hochschulen und der innovativen Startups ermöglichen Synergien. Dies gilt gerade auch für die Digitalisierung der Wirtschaft. Künftig wird jedes Unternehmen digitales Know-how benötigen.

Gleichzeitig brauchen wir ein Verständnis von Innovation, dass auf einen wertschätzenden und von Anfang an beteiligungsorientierten Umgang mit den Beschäftigten beruht. Kompetenzen müssen genutzt und gestärkt werden. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern müssen in Zeiten des rasanten technologischen Wandels Sicherheit und die Möglichkeit haben, ihre Kreativpotenziale voll auszuschöpfen. Dazu gehört auch stabile Beschäftigung, gute Entlohnung und mehr Zeitsouveränität.

### Wir werden:

- die umsetzungsorientierte Forschungsinfrastruktur gezielt ausbauen, Kooperationen zwischen Hochschulen, wissenschaftlichen Instituten und Wirtschaft unterstützen und den Wissens- und Technologietransfer weiter stärken,
- Innovationen und Technologien fördern, um die sich auf den wichtigen Leitmärkten ergebenden Chancen zu nutzen,
- uns für innovationsfreundliche Rahmenbedingungen und für ein Wagniskapitalgesetz einsetzen. Neben der Schaffung eines gut funktionierenden Wagniskapitalmarktes setzen wir uns beim Bund dafür ein, dass er Forschung und Entwicklung über die Einführung seiner steuerlichen FuE-Förderung im KMU-Bereich stärkt; dies wäre ein wichtiger, unbürokratischer Impuls für den weiteren Ausbau des unternehmerischen Engagements und ein wesentlicher Aspekt zur Steigerung der Investitions- und Innovationskraft der Wirtschaft; die steuerliche Förderung darf dabei nicht zu Lasten der Programmförderung gehen.
- uns dafür einsetzen, dass Forschungsk Kooperationen unbürokratischer und der EU-Beihilferahmen für Forschung, Entwicklung und Innovation einfacher werden; bestehende Hürden des Technologietransfers zwischen Hochschule und Wirtschaft müssen beseitigt und Erfolgsfaktoren gestärkt werden, wie wir es in der Allianz Wirtschaft und Arbeit 4.0 vereinbart haben,
- die Förderinstrumente weiter schärfen, so dass von ihnen Impulswirkung auf die industrielle Innovationskraft in Nordrhein-Westfalen ausgeht; eine Zielsetzung der Innovationspolitik muss es sein, Unternehmen in die Lage zu versetzen, sich mit weltmarktfähigen Produkten in den Leitmärkten der Zukunft zu positionieren; notwendig ist deshalb unter anderem eine starke, marktorientierte Industrieforschung, wobei wir insbesondere auf die Stärken der Fachhochschulen in der anwendungsorientierten Forschung setzen werden.

## **7. Naturwissenschaftliche Bildung in Nordrhein-Westfalen weiter ausbauen.**

Unsere Volkswirtschaft ist einer der führenden Technikstandorte der Welt. Forschung und Entwicklung und die kompetente Umsetzung von Innovationen in die Praxis sind Erfolgsfaktoren der deutschen Wirtschaft. „German Engineering“ beispielsweise ist heute ein Gütesiegel.

Bildung ist von zentraler Bedeutung: Sie ermöglicht jedem Einzelnen einen erfolgreichen und selbstbestimmten Lebensweg und gesellschaftliche Teilhabe. Bildung sorgt zudem für die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Sie ist damit ein wichtiger Schlüssel für den Wohlstand unserer Gesellschaft und unseres Landes. Die Verbesserung der Bildungsqualität ist eine Schlüsselaufgabe der Landespolitik.

Ziel muss sein, die verschiedenen Potenziale und Talente aller Menschen bestmöglich zu entfalten. Hierfür bedarf es verlässlicher Rahmenbedingungen - klare Zielsetzungen, hohe Qualitätsstandards, konsistente und strukturelle Handlungsansätze und entsprechende Ressourcen.

Für einen erfolgreichen Industriestandort ist insbesondere eine leistungsstarke MINT-Bildung (Mathematik, Naturwissenschaften, Informatik, Technik) von zentraler Bedeutung. Es muss frühzeitig, auf allen Ebenen und durchgängig entlang der gesamten Bildungskette mit guter MINT-Bildung angesetzt werden. Erforderlich ist ein flächendeckender Ansatz, mit dem gute Beispiele und Erfahrungen nicht punktuell bleiben, sondern systematisch im Bildungssystem verankert werden.

### Wir werden

- eine breite Verankerung digitaler Kompetenzen im Schul-Curriculum anstreben, bei der es nicht nur um Kompetenzen zur Anwendung von Informationstechnologie gehen soll, sondern vor allem auch um die Bewertung und den sicheren Austausch von Informationen; dies ist nicht allein Aufgabe

des Informatik-Unterrichts, sondern auch eine Querschnittsaufgabe in allen Fächern.

- eine moderne Ausstattung aller Schulen (zum Beispiel Netzzugang, mobile Endgeräte) und eine fundierte Aus- und Fortbildung aller Lehrkräfte zur sinnvollen Nutzung neuer Technologien im Unterricht realisieren,
- eine fundierte schulische Berufsorientierung und einen engen Praxisbezug in MINT-Fächern vorantreiben und dabei Kooperationen von Schulen mit externen Partnern, insbesondere aus der Wirtschaft, ausbauen und fördern; Ziel ist es, frühzeitig Einblicke in die Berufs- und Arbeitswelt zu ermöglichen, Praxisbezug und Berufsorientierung an allen Schulen zu verankern und konsequent umzusetzen,
- den Übergang Schule-Beruf weiter verbessern - Kein Abschluss ohne Anschluss,
- mit einer fundierten Berufsorientierung dafür sorgen, mehr junge Menschen für eine gewerblich-technische duale Ausbildung oder ein Studium der MINT-Fächer zu begeistern; auch müssen die Berufsschulen – der Partner der Betriebe in der dualen Ausbildung – leistungsstark aufgestellt sein,
- Nordrhein-Westfalen als eins der führenden Bundesländer bei der Ausbildung von MINT-Akademikerinnen und Akademikern stärken und diese Position weiter ausbauen,
- die Gemeinschaftsoffensive „Zukunft durch Innovation.NRW“ weiter hinsichtlich einer flächendeckend gleichmäßigen Qualität fördern, damit hier verlässliche Angebote für die Wirtschaft als Kooperationspartner ausgebaut werden können.

## **8. Fachkräfte in Nordrhein-Westfalen gewinnen und qualifizieren.**

Die nordrhein-westfälische Industrie ist auf gut ausgebildete Fachkräfte, gerade auch aus den MINT-Fächern, angewiesen. Die Arbeitswelt befindet sich fortlaufend im Wandel, gerade vor dem Hintergrund der Digitalisierung.

Die Geschwindigkeit von Wissensentwicklungen und Veränderungen des Lebensumfelds – vor allem auch in der industriellen Wertschöpfung – stellt zunehmend höhere Anforderungen an die Ausbildung und an ein lebenslanges Lernen. Die Hochschulausbildung muss die Anforderungen berücksichtigen, die eine immer komplexer werdende Arbeitswelt mit sich bringt.

In der dualen Ausbildung ist es notwendig, die für die Industrie typischen Berufsbilder und die jeweiligen Ausbildungsinhalte gemeinsam mit den Unternehmen auf ihre Aktualität hin zu prüfen, um frühzeitig Anpassungen vorzunehmen.

Der Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen kann seine Attraktivität weiter steigern, wenn das vorhandene Qualifikations- und Kreativpotenzial von Frauen noch umfassender genutzt wird. Das MWEIMH tritt deshalb bei der Innovationsoffensive auch dafür ein, das Innovations- und Fachkräftepotenzial von Frauen zu erschließen.

Neben der Ausnutzung endogener Potenziale wird Nordrhein-Westfalen auf die Zuwanderung von Fachkräften angewiesen sein, um die Arbeitskräftelücke zu schließen. Nordrhein-Westfalen muss als attraktiver Unternehmensstandort mit beruflichen Perspektiven für Fachkräfte wahrgenommen werden. Die Integration von Flüchtlingen gelingt insbesondere über den Arbeitsmarkt. Die hohe Bereitschaft der Wirtschaft, konkret zu helfen, muss von klaren Rahmenbedingungen begleitet werden.

Die Herausforderungen, vor denen wir im Zuge der rasanten Veränderung von Arbeitswelten stehen, erfordert die permanente Anpassung hochwertiger Bildungsinhalte, die das Fundament für den weiteren Bildungs- und Lebensweg

sowie der Fachkräftesicherung legt. Ziel muss es sein, dass auch die Schulen für die zunehmende Digitalisierung gewappnet sind, bei der Ausstattung mit Elektronik ebenso wie bei der Qualität der Lehre. Dazu gehört eine durchgehende altersgerechte Bildung von Anfang an - Kita, Schule, Ausbildung/Studium, Weiterbildung.

#### Wir werden:

- alle inländischen Arbeitsmarktpotenziale vor allem von Frauen, Älteren und Menschen mit Behinderungen sowie von Erwerbspersonen mit Migrationshintergrund bestmöglich erschließen,
- eine bessere Vermittlung, Aktivierung und gezielte Förderung von Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen anstreben,
- die Gestaltung eines Sozialen Arbeitsmarktes in NRW modellhaft erproben,
- die parallele, gezielte Zuwanderung qualifizierter ausländischer Fachkräfte fördern und eine Willkommenskultur etablieren, um Deutschlands Chancen im immer schärferen internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe deutlich zu erhöhen,
- die Unternehmen dabei unterstützen, die vorhandenen Fachkräftepotenziale in Nordrhein-Westfalen zu heben,
- den MINT-Nachwuchs in der schulischen Ausbildung und mit der Gemeinschaftsoffensive "Zukunft durch Innovation.NRW" weiter fördern,
- die Voraussetzung dafür schaffen, dass die neuen Bedürfnisse der digitalen Arbeit in die Weiterentwicklung bestehender und in neue Bildungsgänge oder Ausbildungs-formate gegossen werden, um in allen Bildungspfaden – der Schulausbildung, der Berufs- und der Hochschulbildung, aber auch im dualen Studium - bestehende Berufsbilder zu ergänzen oder neue, kompetenzorientierte und zukunfts-offene Berufs-bilder zu erreichen,

- die erforderlichen Maßnahmen betrieblicher Qualifizierung und lebensbegleitenden Lernens unterstützen,
- Maßnahmen unterstützen, die zu einer besseren Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Ausbildung führen, um insbesondere auch eine Gleichwertigkeit von beruflichen und akademischen Abschlüssen zu erreichen; kurz: Wir brauchen Master und Meister,
- familienfreundliche Arbeitsbedingungen schaffen, um eine erfolgreiche Fachkräftesicherung herzustellen und insbesondere auch das Qualifikations- und Kreativpotenzial von Frauen zu erschließen; dazu zählt auch eine flächendeckende Betreuungsinfrastruktur, die kontinuierlich ausgebaut wird sowie flexibel und bezahlbar ist.

## **9. Mitbestimmung in der Arbeitswelt der Zukunft gestalten.**

Die Mitbestimmung gehört zu den Erfolgsgeschichten deutscher Industriepolitik. Sie ist vielfach Treiber effizienter Prozesse und gleichzeitig Garant für das Wohlbefinden der Beschäftigten. Es hat sich eindrucksvoll bewährt, dass Betriebsräte, Arbeitnehmervertreter in Wirtschaftsausschüssen und Aufsichtsräten, Vertrauensleute und motivierte Beschäftigte vor allem auch in innovationspolitische Initiativen eingebunden sind.

Der umfassende und sich immer weiter beschleunigende Wandel der Wirtschafts- und Arbeitswelt bringt die bisherigen Mitbestimmungsstrukturen an ihre Grenzen. Sollen sie ihrer Gestaltungsaufgabe mit der Zielsetzung einer Humanisierung der Arbeit unter den neuen Rahmenbedingungen gerecht werden, erfordert dies auch Anpassungen bei der Mitbestimmung.

Wir wollen das erfolgreiche Modell der Sozialpartnerschaft – das Zusammenspiel von Tarifvertrag, Einheitsgewerkschaft, betrieblicher und Unternehmensmitbestimmung – stärken.

### Wir werden:

- eine Kampagne „NRW – Mitbestimmung 4.0“ starten,
- Betriebsräte in ihrer neuen Rolle als „Co-Innovator“ unterstützen,
- erfolgreiche Modelle der Partizipation und Teilhabe im Betrieb identifizieren und verbreiten.

## **10. Bürokratieabbau in Nordrhein-Westfalen vorantreiben.**

Die Stärkung des Wirtschaftsstandortes von Nordrhein-Westfalen ist eine politikfeldübergreifende Aufgabe. In allen Feldern der Landespolitik gilt es daher, die vielfältigen Handlungsmöglichkeiten und Potenziale zur Stärkung der wirtschaftlichen Basis und der Wettbewerbsfähigkeit unseres Bundeslandes in den Blick zu nehmen und die Chancen entschlossen zu ergreifen. Wir setzen uns das ehrgeizige Ziel, das Land mit den effizientesten und schnellsten Zulassungsverfahren für industrielle Vorhaben zu sein.

Wirtschafts- und umweltpolitische Ziele müssen soweit wie möglich in Einklang und in eine Balance gebracht werden. Klima- und Umweltschutz „Made in NRW“, also effiziente Produkte und Technologien aus Nordrhein-Westfalen, können beispielsweise wichtige Beiträge zum globalen Klima- und Umweltschutz liefern.

Die Landesregierung intensiviert ihre Bemühungen zur Entlastung der Industrie von unnötiger Bürokratie und dadurch entstehender Kosten. Mit dem Mittelstandsförderungsgesetz ist es der Landesregierung gelungen, den Sachverstand und die Interessen der Wirtschaft in unserem Land frühzeitig in die Erarbeitung von Gesetzes- und Verordnungsvorhaben einzubinden.

Die nach dem Gesetz eingerichtete Clearingstelle Mittelstand prüft neue Gesetzes- und Verordnungsvorhaben der Landesregierung, des Bundes und der EU in Zusammenarbeit mit Kammern und Wirtschaftsverbänden auf ihre Auswirkungen auf Kosten, Verwaltungsaufwand oder Arbeitsplätze in der Wirtschaft. Durch diese Clearingverfahren werden bereits zu einem frühen Zeitpunkt unnötige bürokratische und finanzielle Kosten für die Wirtschaft aufgezeigt und möglichst vermieden. Zuletzt konnte dadurch bei der Novellierung des Tarifreue- und Vergabegesetzes die Wirtschaft von weiterer Bürokratie von Kosten in Höhe von rund 28 Millionen Euro entlastet werden.

Durch den Einheitlichen Ansprechpartner und das E-Government-Gesetz Nordrhein-Westfalen wird der bürokratische Aufwand reduziert und die Kommunikation zwischen Verwaltung und Industrie verbessert.

Wir werden:

- den Abbau und die Vermeidung unnötiger Bürokratie weiter vorantreiben,
- die erfolgreiche Arbeit der Clearingstelle Mittelstand fortsetzen. Durch die Evaluation des Mittelstandsförderungsgesetzes und die Arbeit der Clearingstelle Mittelstand werden die Verfahrensweisen, Ablauf und Effektivität der Clearingverfahren weiter optimiert.
- gemeinsam mit Unternehmerinnen und Unternehmern die Zusammenarbeit zwischen Behörden und Betrieben gezielt analysieren, um Vertrauen weiter zu stärken und eine gelebte Kooperationskultur zu schaffen.
- alle Möglichkeiten zur weiteren Digitalisierung von Verwaltungshandeln nutzen.
- auf der Grundlage der Erfassung von Erfüllungsaufwand und Bürokratiekosten eine „One-In-One-Out-Regel“ anstreben; danach müssen in Zukunft für jede neue rechtliche Regelung, die Kosten für Unternehmer oder Bürger verursachen, alte Regelungen mit mindestens gleichem Verwaltungskostenaufwand gestrichen werden,
- uns bei der Umsetzung von EU-Normen und nationalem Recht auf eine strikte 1:1-Umsetzung beschränken; ein „Draufsatteln“ durch verschärfte Grenzwerte oder zusätzliche Einspruchsfristen verschlechtert die Wettbewerbssituation der nordrhein-westfälischen Wirtschaft.
- darauf hinwirken, dass die Wettbewerbsfähigkeit regionaler Standorte in Nordrhein-Westfalen durch Gewerbesteuerhebesätze im Ländervergleich nicht beeinträchtigt wird; die zuständigen Ministerien sind im Austausch darüber, wie aktuelle Herausforderungen bewältigt und Zukunftskonzepte entwickelt werden

können; hierbei werden alle Faktoren berücksichtigt, die gegebenenfalls zu einer Dynamik bei der Entwicklung der Gewerbesteuerhebesätze beitragen können.

## **11. Europäische Industriepolitik für Nordrhein-Westfalen nutzen.**

Die Europäische Union sieht in einer starken industriellen Basis einen wesentlichen Baustein für Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum. Sie sieht die zentrale Bedeutung in der Industrie, um die Kernziele der Europa 2020-Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum zu erreichen. Die Europäische Union unterstützt einen breit angelegten horizontalen und kohärenten Ansatz für eine moderne Industriepolitik in Europa. Sie fordert die Mitgliedstaaten auf, Fragen der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie als Querschnittsaufgabe in alle Politikbereiche einzubeziehen.

### Wir werden:

- diesen politischen Ansatz der Europäischen Union im Rahmen der Subsidiarität unterstützen und die industrielle Entwicklung in Nordrhein-Westfalen weiterhin durch den Einsatz europäischer Fördermittel zur Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation vorantreiben,
- uns – wo erforderlich – für eine Schärfung der EFRE-Fördermittelvergabe in der kommenden Förderperiode in Richtung Technologietransfer, Wachstum und Innovation einsetzen,
- uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen, die europäischen Rahmenbedingungen für die industrielle Fertigung zu verbessern, den bestehenden Rechtsrahmen für Industrieunternehmen effizienter zu gestalten und einen fairen Wettbewerb sowie den Zugang zu Rohstoffen und Drittmärkten sicherzustellen,
- uns dafür einsetzen, dass komplexe europäische Zulassungsverfahren die Realisierung von Innovationsvorhaben nicht behindern,

## **12. Internationalität ist ein Markenzeichen von Nordrhein-Westfalen.**

In keinem deutschen Bundesland ist die Wirtschaft so international ausgerichtet wie in Nordrhein-Westfalen. Internationalität ist ein Markenzeichen unseres Landes. Mit einem Exportvolumen von über 181 Milliarden Euro liefert Nordrhein-Westfalen fast ein Drittel seiner gesamten Wirtschaftsleistung an ausländische Abnehmer. Für Wachstum und höhere Produktivität der nordrhein-westfälischen Unternehmen ist die internationale Marktbehauptung und Sicherung des Know-how-Vorsprungs ausschlaggebend.

Nordrhein-Westfalen ist der mit Abstand bedeutendste Standort für ausländische Unternehmen in Deutschland. Mit 27,5 Prozent aller ausländischen Investitionen ist Nordrhein-Westfalen Investitionsstandort Nummer eins in Deutschland. Diese Position gilt es weiter auszubauen. Weltoffenheit der Menschen und unsere Willkommenskultur machen Nordrhein-Westfalen für ausländische Investoren attraktiv.

### Wir werden:

- unsere Unternehmen beim Ausbau ihrer Wirtschaftsbeziehungen zu ausländischen Partnern, Investitionen oder Forschungs- und Entwicklungskooperationen mit allen Kräften unterstützen und dabei eng mit den Kammern und Organisationen der Wirtschaft zusammenarbeiten,
- unsere Unternehmen verstärkt beim Aufbau internationaler Netzwerke unterstützen,
- die Industrie-, Technologie- und Außenwirtschaftspolitik noch enger miteinander verzahnen und insbesondere für technologieintensive Produkte neue Außenwirtschaftskonzepte entwickeln,
- die Unternehmen bei der Erschließung neuer wachsender Auslandsmärkte unterstützen, z.B. in Lateinamerika, Südostasien oder Afrika, und dafür

geeignete Instrumente einsetzen, die zum Beispiel die erhöhten Risiken auf diesen Märkten begrenzen,

- die Möglichkeiten der Digitalisierung systematisch für die Außenwirtschaftsförderung nutzen,
- Nordrhein-Westfalen als bedeutendsten Standort für ausländische Investoren in Deutschland, und immer mehr auch in Europa, weiter ausbauen,
- die erweiterten Möglichkeiten und Marktchancen nutzen, die internationale Handelsabkommen bringen können,
- uns sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene intensiv für eine Weiterentwicklung des Regelwerks für Handel und Investitionen einsetzen; dies gilt auf multilateraler Ebene ebenso wie im Rahmen bilateraler Handels- und Investitionsabkommen; ein besonderes Interesse besteht in einer noch engeren Vernetzung, etwa durch den Abschluss von Freihandelsabkommen, mit marktwirtschaftlich organisierten Wirtschaftsräumen, die mit uns für Freiheit und Demokratie eintreten und mit denen uns die gleichen Grundwerte verbinden,
- die gute Arbeit von NRW.INVEST, NRW.International und NRW.BANK entlang sich dynamisch entwickelnder Herausforderungen - insbesondere der internationalen Digitalisierung und der sich ändernden Rahmenbedingungen für Investitionsentscheidungen - stetig steigern und in enger Kooperation mit der Wirtschaft anpassen.

### **13. Akzeptanz für Industrie als „Problemlöser“ stärken.**

Produkte und Technologien der Industrie brauchen Akzeptanz in der Bevölkerung. Sie tragen zur Lösung der gesellschaftlichen Herausforderungen bei. Die Industrie muss auch weiterhin die Möglichkeit erhalten, industrielle Lösungen für die zentralen Gesellschaftsaufgaben zu entwickeln. Es gilt daher, die gesellschaftliche Akzeptanz von Industrie, Investitionen und Innovationen weiter zu stärken. Gerade in Nordrhein-Westfalen, dem industriellen Kern Deutschlands, muss der Nachweis geführt werden, dass große Industrie- und Infrastrukturvorhaben mit der Unterstützung der Gesellschaft realisierbar sind.

Industriekzeptanz zu erreichen, ist gemeinsame Aufgabe von Politik und Wirtschaft. Nordrhein-Westfalen bekennt sich zu seiner gelebten Dialogkultur. Im Sinne der erforderlichen Planungssicherheit müssen Entscheidungen, die nach intensivem Dialog zwischen allen Betroffenen auf Augenhöhe getroffen wurden, auch Bestand haben. Nicht zuletzt sind das soziale Engagement, das Steueraufkommen, gute Arbeitsbedingungen und das Ausbildungsangebot, das vor Ort von Industrieunternehmen geleistet wird, von wesentlicher Bedeutung für die Akzeptanz der Industrie in unserem Land.

#### Wir werden:

- unsere Dialogkultur zur Steigerung von Akzeptanz von Industrie im Allgemeinen und Infrastrukturprojekten im Konkreten weiter entwickeln,
- die Zusammenarbeit der in Nordrhein-Westfalen tätigen lokalen und regionalen Allianzen im Rahmen des Landesprojekts „Dialog schafft Zukunft“ weiter fördern,
- das nordrhein-westfälische Bündnis für Infrastruktur gemeinsam mit allen Beteiligten weiter vorantreiben, um Akzeptanz industrieller und infrastruktureller Großvorhaben weiter zu erhöhen,

- in der Abwägung widerstreitender Belange die Interessen des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen deutlich einbringen,
- Initiativen ergreifen, um die Zeiträume zwischen Beginn der Planung, Genehmigungsverfahren und Realisierung deutlich zu verkürzen und damit Planungssicherheit zu schaffen.

#### **14. Zielvorgaben für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen definieren.**

Nordrhein-Westfalen hat am 23. August 2016 sein 70jähriges Bestehen gefeiert. Unser Land braucht auch industriepolitisch eine klare Zukunftsvision darüber, wie es zum 80. Landesjubiläum aufgestellt sein wird. Dabei wollen wir uns ehrgeizige Ziele setzen.

Die industriepolitischen Leitlinien enthalten deshalb konkrete Zielvorgaben. Der Pfad zur Erreichung bzw. Einhaltung dieser Ziele soll durch ein stetiges Monitoring/Controlling in geeigneten Abständen nachvollzogen werden. Bei Abweichungen vom Zielpfad können so jeweils unmittelbar die notwendigen Korrekturen oder Zusatzeanstrengungen unternommen werden.

Alle gemeinsam – Land, Unternehmer, Gewerkschaften und Verbände – werden unsere Anstrengungen anhand konkreter Kennzahlen und Sachverhalten in geeigneten Abständen überprüfen und unsere Aktivitäten gegebenenfalls gemeinsam neu justieren. Dazu zählen Kennzahlen und Sachverhalte:

- zum durchschnittlichen Wirtschaftswachstum,
- zum Anteil der Industrie am BIP (Mindestkriterium muss dabei die Sicherung des derzeitigen Anteils der Industrie am Bruttoinlandsprodukt sein),
- zum Anteil industrienaher Dienstleistungen am BIP,
- zur Zahl der Industriearbeitsplätze,
- zu industriellen Unternehmensansiedlungen,
- zum Abbau gesetzlicher/bürokratischer Regelungen (Stichwort „one in-one out“),
- zur durchschnittlichen Dauer von Verwaltungsverfahren,
- zum Abschneiden in Bildungsrankings,
- zu öffentlichen und privaten Investitionen in den verschiedenen Teilbereichen,

- zu öffentlichen und privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung,
- zur Förderung von Kooperationen zwischen Unternehmen und Hochschulen,
- zur Breitbandversorgung des Landes insbesondere im Hinblick auf die Umsetzung der Gigabit-Strategie des Landes bis 2025,
- zum Umfang realisierter Infrastrukturmaßnahmen,
- zu Vorratsplanungen im Infrastrukturbereich.

## **15. Ausblick: Arbeit an den Industriepolitischen Leitlinien fortsetzen.**

Diese Industriepolitischen Leitlinien sind das Ergebnis eines intensiven Diskussionsprozesses mit Wirtschaft und Gewerkschaften. Es versteht sich dennoch nicht als Endpunkt dieses Diskurses, sondern vielmehr als Auftakt für eine stetige Fortentwicklung der Industriepolitik in Nordrhein-Westfalen.

### Wir werden deshalb:

- die Allianz Wirtschaft und Arbeit 4.0 fortsetzen mit dem Ziel, erforderliche Schritte und Maßnahmen zur Bewältigung aller Herausforderungen der Digitalisierung in den Industriebetrieben und industrienahen Dienstleistungsunternehmen frühzeitig zu identifizieren, gemeinsam zu entwickeln und umzusetzen,
- alle Maßnahmen und Projekte eng mit den Vorhaben der Digitalen Agenda 2020 des Bundes abstimmen,
- das Bündnis für Infrastruktur Nordrhein-Westfalen mit Nachdruck vorantreiben und gemeinsam mit den Bündnispartnern aus Wirtschaft und Gewerkschaften für die Umsetzung infrastruktureller Projekte am Industriestandort Nordrhein-Westfalen werben,
- die Initiative Dialog schafft Zukunft fortführen mit dem Ziel, Bürgerinnen und Bürger auf Augenhöhe einzubinden, wenn es um die Umsetzung von Projekten geht.

Darüber hinaus werden wir eine Arbeitsgruppe aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Ministerien, Kammern, Verbänden und Industriegewerkschaften bilden, die

- sich eingehend mit den Zielvorgaben beschäftigt,
- regelmäßige Evaluationen zu den Themenschwerpunkten der Industriepolitischen Leitlinien vornimmt,

- Vorschläge für konkrete Handlungsoptionen entwickelt,
- gemeinsame Verabredungen zum Beispiel zur Innovationsförderung, zur Förderung von Akzeptanz von Industrie- und Infrastrukturprojekten, zu einer Stärkung der außenwirtschaftlichen Aktivitäten und der internationalen Wirtschaftsförderung des Landes trifft und stetig fortentwickelt und

Diese Industriepolitischen Leitlinien des Landes Nordrhein-Westfalen werden in regelmäßigen Abständen aktualisiert.